

Lärminitiativen bilden Bündnis

Gemeinsames Positionspapier

VON LIANE JANZ

Bremen. Lärmgeplagte aus ganz Deutschland tun sich zusammen. Im rheinland-pfälzischen Boppard trafen sich Vertreter von Bahnlarminitiativen unter anderem aus dem Rheintal, Bremen und Oldenburg sowie Vertreter zweier Fluglarminitiativen aus Mainz und Rheinhessen, um ein gemeinsames Papier mit Forderungen zu erarbeiten, zu denen die Bundestagsparteien mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 Stellung beziehen sollen. Von der Bremer Bahnlarminitiative (BIB) waren Walter Ruffler, Christina Raschke und Rainer Böhle nach Boppard gefahren.

In ihrem gemeinsamen Papier fordern die Initiativen unter anderem, auch beim Verkehr – ähnlich wie bei der Energiewende – einen Paradigmenwechsel einzuleiten. Logistikunternehmen müssten gesetzlich gezwungen werden, ihre teils überalterten und lärmenden Fuhrparks innerhalb von fünf Jahren zu sanieren. Andernfalls sollten sie zur Kasse gebeten werden. So sollen die Unternehmen auch die Kosten für den von ihnen verursachten Lärm übernehmen. Bisher zahlen die Betroffenen für die negativen Folgen des Verkehrs.

Die Initiativen fordern, dass das Bundesimmissionsschutzgesetz überarbeitet und dabei der aktuelle Stand der Wissenschaft und Technik berücksichtigt wird. Dafür müsste Verkehrslärm als Ganzes betrachtet werden und ein Gesamtpegel für Bahn-, Flug- und Straßenlärm gelten. Die Initiativen fordern außerdem den Schutz der Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr. In der Nacht dürfte der Lärmpegel nicht über 40 Dezibel liegen, ein Wert, den die Weltgesundheitsorganisation aufgestellt hat. In Bremen liegen die tatsächlichen Werte beispielsweise entlang der Bahnstrecke von Oldenburg nach Hannover bei teilweise über 80 Dezibel.

Die Initiativen argumentieren in ihrem Papier, dass weniger Lärm eine höhere Produktivität der Menschen mit sich bringe. Es gebe einen Zusammenhang zwischen Lärm und Krankheit, der von der Regierung anerkannt werden müsste. Weniger Kranke würden mehr Arbeitende bedeuten. Durch Fuhrparks auf dem neuesten Stand der Technik würde es zudem weniger Erschütterungen geben. Der Wert von Immobilien an viel befahrenen Verkehrstrassen würde nicht verfallen.

Im Frühjahr wollen sich die Initiativenvertreter ein weiteres Mal treffen, um ihre Position weiter auszubauen.